

Preussisches Abgeordnetenhaus.

N. Berlin, 3. Mai. Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für das

Stadtschaffengesetz

begann mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Förderung der Stadtschafften. Während der Entwurf nur ganz allgemein die Regierung ermächtigt, der Zentralgenossenschaftsklasse zur Gewährung von Darlehen zur Förderung der Gründung von Stadtschafften, 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, sieht ein freikonservativer Antrag die Aufnahme von bis ins einzelne gehenden Normativbestimmungen in das Gesetz vor. Hiernach soll u. a. jeder Grundbesitzer des betreffenden Bezirks ein Recht auf Beleihung seines Grundstücks bis 60 Prozent des vom Schätzungsamt festgestellten Wertes haben; wenn öffentliche Sicherheitsleistung von Provinz, Kreis oder Gemeinde übernommen wird, soll die Beleihung über 60 Prozent ausgedehnt werden. Außerdem sollen Einrichtungen getroffen werden, die dem Hypothekenschuldner den Nennbetrag der Beleihung in barem Gelde sichern.

Der Regierungsvertreter wandte sich gegen die Aufnahme von Normativbestimmungen, weil dadurch die Neigung zur Gründung von Stadtschafften eher gehemmt als gefördert werde. In ähnlichem Sinne sprachen sich verschiedene Mitglieder des Ausschusses aus. Im übrigen erklärte der Regierungsvertreter, daß es sich bei der Vorlage nicht etwa um eine Notstandsmaßnahme, sondern darum handle, systematisch und dauernd den Grundbesitz allmählich zu befestigen. Natürlich würde Jahrzehnte vergehen, ehe dieses Ziel erreicht würde, aber die Reform müsse unmittelbar nach dem Kriege einsetzen, denn dies sei der geeignete Zeitpunkt hierzu. Die Regierung werde alles tun, um auf die Versicherungsanstalten in der Richtung der Gewährung unkündbarer Tilgungshypotheken einzuwirken, weil sie darin das beste Mittel zur Beseitigung der Notlage des Grundbesitzes erblicke. Bei den Provinzen habe sie bisher mit ihren Bemühungen, sie zur Übernahme einer Haftung zu bewegen, wenig Erfolg gehabt. Sie hoffe aber, daß sie nach Verabschiedung des Gesetzes bessere Erfolge erzielen werde. Sollten die Provinzen auch dann noch ihre Mitarbeit versagen, so werde sie andere Mittel und Wege finden müssen, um ihr Ziel zu erreichen.